

KOMMENTIERT

Messe der Weichenstellung

Mit einer Anleihe an ein französisches Wort könnte man sagen: Die Messe ist tot - es lebe die Messe! Das soll sagen, die Leipziger Frühjahrsveranstaltung ist heute beginnt dieser Handelsplatz mit der intensiven Vorbereitung seines Herbsttreffens. Bemerkenswert aus dieser Sicht, daß die Ausstellungsfläche für September 1990 bereits ausgebaut ist, gleiches gilt für die Frühjahrsmesse 1991. Die Leipziger Messe lebt also, was nicht heißen soll, daß ihre Bedeutung im Selbstlauf zunehmen wird. Viel Arbeit zur Profilierung und zur Verbesserung der Infrastruktur liegt vor dem Messeamt.

seien vollständig oder zumindest teilweise erfüllt worden. DDR-Betriebe und Außenhandelsunternehmen schlossen mit Partnern vieler Länder Export- und Importverträge ab. Fragt man, was in die Annalen des Jahrgangs 1990 der 825 Jahre alten Messe als das Besondere eingehen wird, dann stößt man auf die kräftige Belebung der deutsch-deutschen Handelstätigkeit. Groß ist die Summe der signierten Kooperationsverträge, noch größer die der Kontakte und Zielvereinbarungen. Was natürlich Japaner und Amerikaner, Franzosen und Briten, Spanier und Nordeuropäer auf den Plan rief, die nicht zu spät kommen wollen bei der Neuverteilung der Märkte im Osten.

So war Leipzig vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und ökonomischen Veränderungen in Europa ein Ort, an dem Weichen für die Zukunft gestellt wurden. Noch nie traf für diesen Platz das Attribut, Zentrum des Ost-West-Handels zu sein, so zu wie im Jahrgang 1990. OTTO LUCK

Irritationen

Schon vor dem Prager Außenministertreffen der sieben Staaten des Warschauer Vertrages hat es - wegen der Wahl des Zeitpunkts einen Tag vor dem DDR-Votum - Irritationen gegeben. Und sie gibt es auch nach diesem Treffen, allerdings nicht diverser Formitäten, sondern einer Kardinalfrage wegen. Soll ein künftiges Gesamtdeutschland einem der Blöcke angehören oder neutral sein? Einige Außenminister des Paktes fanden - offensichtlich auch zur Überraschung des einen oder anderen Amtskollegen - es durchaus denkbar, wenn ein einziges Deutschland der NATO angehören würde. Der tschechoslowakische Außenminister Jiří Dienstbier sieht in einer Neutralität Deutschlands sogar „die schlimmste“ Variante. Auch Polens Außenminister Kristof Skubiszewski meinte, ein ungebundenes, neutrales Deutschland könnte sich leicht wieder zu einer militärischen Großmacht mausern. JOCHEN REINERT

Polen ist mit von der Partie

In Warschau verheißt man seine Genugtuung nicht, an den Sechserverhandlungen über äußere Aspekte der Vereinigung Deutschlands teilnehmen zu können. Als Polens Premier Mazowiecki Mitte Februar auf dem Rückflug von London nach Warschau sein entschiedenes „nein“ über ohne uns“ formulierte, hoben sich abwendend die Hände. Die ohnehin komplizierten Verhandlungen über das künftige Deutschland könnten durch einen weiteren Teilnehmer nur noch mehr kompliziert werden, war aus Bonn und Washington zu hören. Allerdings hatte Mazowiecki bereits damals die Zusage von Margaret Thatcher, Polen solle beteiligt sein, wenn es um seine Westgrenze gehe. Wenige Tage später erklärte auch DDR-Premier Hans Modrow, daß er die polnische Forderung verstehe. Die Teilnahme an den Verhandlungen der vier Alliierten und der zwei deutschen Staaten gilt den Polen aber nur als Mittel zum Zweck, noch vor der Vereinigung der

beiden deutschen Staaten einen Vertrag über die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze zu paraphrasieren. Außenminister Skubiszewski ist der Meinung, daß trotz des Einspruchs von Kanzler Kohl ein solcher Vertrag möglich sei. Der polnische Standpunkt erhielt besonders nachdrückliche Unterstützung aus Großbritannien, aus der DDR, der Sowjetunion und zuletzt aus Frankreich. Ebenso kamen aus den USA und von der Bonner FDP Erklärungen, daß Polen einen endgültigen Vertrag über seine Westgrenze erhalten müsse. Die Chancen stehen jedenfalls günstiger als vor einem Monat. Das ist nicht zuletzt dem diplomatischen Geschick dreier polnischer Politiker zuzuschreiben. In einer „konzentrierten Aktion“ setzten Präsident Jaruzelski, früherer regierender FPAP-angehöriger, Mazowiecki, Mitglied von Solidarnosc, sowie der parteilose Außenminister Skubiszewski ihre Möglichkeiten ein, warben bei ihren ausländischen Partnern um Verständnis. Mit Erfolg, wie die Einladung zeigt. WOLFGANG REX, Warschau

„Preisschießen“

Im Leipziger Pressezentrum kostete die Flasche Radeberger statt bislang 4,50 Mark 9 Mark. In der Berliner „Suppenterrine“ des Kaffeehauses am Alex wurde der Preis drastisch heraufgesetzt. Es gibt erste Hinweise, daß man für den Haarschnitt mancherorts tiefer in die Tasche greifen muß. Und das alles, ohne daß dem Kunden auch nur ein Jota mehr Leistung fürs teure Geld geboten wurde. Das „Preisschießen“ verstößt eindeutig gegen geltendes Recht. Nur ein bitterer Vorgeschmack auf die absolute Freigabe der Preise? Marktwirtschaft soll den Wettbewerb fördern und Unternehmensgeist freisetzen, heißt es. In den genannten Fällen brachte sie nur eine Art Goldgräbermentalität zum Vorschein, wie wir sie schon aus den Zeiten des Schwarzmarktes für Autos, Datschen und andere Mangelwaren und -leistungen kennen. Aber wie sollen man sich dagegen wehren? Wenn aus dem Ministe-

rium für Finanzen und Preise zu vernehmen ist, „Preiserhöhungen der genannten Art sind verboten und werden geahndet“, denken sicher nicht wenige: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der rechte Glaube. Gewiß, noch funktioniert die Preiskontrolle, werden die Abteilungen Finanzen und Preise aktiv, allerdings nur dort, wo ihr Verstöße gegen Preisbestimmungen bekannt werden. Ansonsten: Wo kein Kläger, da kein Richter. Die Berliner „Suppenterrine“ jedenfalls muß nun den Mehrerlös aus ihren dubiosen Geschäftsgeschäften abführen und dem Gast den Überpreis erstatten. In einigen Gaststätten rund um den Müggelsee, wo die Preise zum Teil verdoppelt wurden, intervenierte nach Bekanntwerden des Ministerium für Finanzen und Preise und stellte die Gesetzlichkeit wieder her. Willkürakte von Goldgräbern sollte sich niemand bieten lassen - auch das gehört zur Mündigkeit - ob mit oder ohne Marktwirtschaft. DIETMAR RIETZ

DAS REDAKTIONSKOLLEGIUM

Dr. Wolfgang Spickermann (Chefredakteur); Reiner Oeschmann, Michael Müller, Dieter Brückner, Dr. Rolf Günther (stellvert. Chefredakteure); Rosemarie Blaschke, Peter Berger, Karin Dörre, Hans-Jörg Glöde, Gerd Prokot, Redaktionssekretär Reinhard Götz. Verlagsdirektor Rudolf Danek

Zeitung der Partei des Demokratischen Sozialismus

Am Wahlabend: Gemischte Reaktionen auf Prognosen, Trends, Hochrechnungen

„Ergebnis sieht unser Land als Verlierer“

Hauptakteure des gestrigen Wahltags waren die Bürger der DDR, doch stellte sich dieser 18. März zugleich als ein Riesenspektakel dar. Hatten Journalisten aus aller Welt bereits am Vormittag Politiker und andere Prominente regelrecht belagert, um Stellungnahmen zu ergattern, wurde es erst am Abend richtig spannend. Als zunächst die Prognosen und dann die Hochrechnungen über die Bildschirmflimmerten, begann man zu interpretieren, einzuschätzen...

Gegen 18 Uhr begann es - das Fernsehen lieferte die erste in Form einer Prognose. Der Trend erschien schon da eindeutig: Die CDU wird bei weitem die stärkste Partei. Folgende Hochrechnungen bestätigten das. Hier Reaktionen, die den Stand bis 20 Uhr berücksichtigen:

Gregor Gysi (PDS): „Nach den Prognosen im Januar lagen wir bei fünf Prozent, nach den Prognosen jetzt liegen wir bei 15 Prozent. Das würde bedeuten, daß wir in der Erneuerung und auch, was die Glaubwürdigkeit betrifft, große Fortschritte gemacht haben.“

Vera Wollenberger (Grüne Partei): „Ich denke, daß viele, die die Allianz gewählt haben, ihr Programm nicht gut genug kennen... Aus meiner Sicht gehören viele zu den Allianz-Wählern, die treue Stützen des bisherigen Systems waren... Wir werden mit Leuten, die auf der Regierungsbank saßen oder in der Regierungspartei waren, punktuell zusammenarbeiten müssen.“

Tatjana Böhm (UFV): „Wir haben nicht mit vielen Stimmen gerechnet. Doch dieses Ergebnis sieht unser Land als Verlierer.“

Konrad Weiß (Demokratie Jetzt): „Wir sind die einzigen Gewinner dieser Wahl, denn wir haben dafür gesorgt, daß diese Wahl überhaupt stattfindet. Wir werden in Zukunft eine starke Opposition sein.“

Susanne Körbs (Miß Berlin): „Ein Wahlsieg der Allianz für Deutschland, wie er sich nach der ersten Prognose abzeichnet, würde unsere mühsam errungenen sozialen Werte sicherlich hart treffen, er wäre wohl auch schlimm für die mir anvertrauten Schüler.“

Markus Meckel (SPD): „Kein Zweifel, daß wir der große Verlierer dieser Wahl sind. Es ist nun die Frage nach den Ursachen zu stellen. Die Ursachen sind gewiß vielfältig. Die Unzufriedenheit in Demokratie hat wesentlich dazu beigetragen.“

Dr. Thomas Klein (VL): „Das Ausmaß, aber nicht das Bekenntnis der Wähler zur CDU überrascht mich. Sie war nach 40 Jahren die Kraft, die sich am klarsten antisozialistisch definierte. Ein breites demokratisches Bündnis wird nun in der Opposition dringend nötig.“

Lothar de Maizière (CDU): „Die Währungsunion wird jetzt schon verhandelt, wir werden diese Verhandlungen übernehmen und sehen, daß wir diese zügig zu Ende führen.“

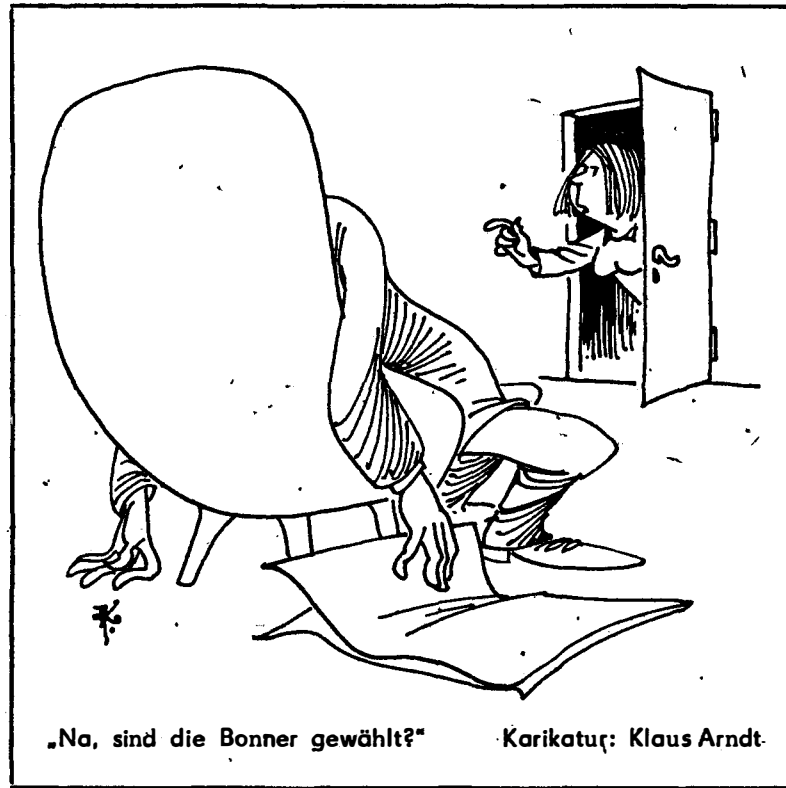
Nach 20 Uhr: Die Hochrechnungen hatten inzwischen bestätigt, daß die CDU als stärkste Kraft ins Parlament einzieht. Aber auch, daß die PDS ein gutes Ergebnis erwarten darf. Offen war noch die Frage: Wird die konservative „Allianz“ die absolute Mehrheit in der Volkskammer erreichen? Reaktionen:

Christina Schenk (UFV): „Nach der jetzigen Wahlkonstellation ist ein baldiger Anschluß an die BRD zu befürchten. Das hat ungeheure Folgen vor allem für die Frauen, deren Rechte zu verfechten wir in die Wahl gegangen sind.“

Walter Jens (Rhetorikprofessor, Tübingen): „Ich glaube, daß sich hier in der DDR im Laufe der Zeit und in der BRD Menschen mit leiseren Stimmen, bedacht-sameren, argumentierender durchsetzen werden. Zunächst einmal hat man bei dieser Wahl den Stärksten gewählt. Ich vertraue darauf, daß man im Laufe der nächsten Wahl auch die Besten wählen wird.“

Oskar Lafontaine (SPD - West): „Helmut Kohl hat große Versprechungen gemacht, und es wird jetzt die Aufgabe der SPD in der DDR sein und auch unsere: Wir werden Helmut Kohl mit all seinen Versprechungen konfrontieren.“

Steffi Spira (PDS): „Ich hätte gerne gesehen, daß die Menschen in der DDR Zeit gewinnen, sich an das Neue erst einmal zu gewöhnen, um sich dann zu entscheiden. Allerdings muß ich auch sagen, ich bin sehr stolz auf meinen Genossen Modrow und auf den wirklich reizenden Gysi, die es fertig bekommen haben, eine Partei in Null Komma nichts wieder zum Leben zu rufen, eine Partei, die wirklich lebendig sein wird.“



„Na, sind die Bonner gewählt?“ Karikatur: Klaus Arndt

Erste Aussagen über Regierungsbündnis

Große Koalition denkbar

Berlin (ADN/ND). Für eine „möglichst breite Regierungskoalition“ hat sich der Sieger der DDR-Volkswahl, CDU-Vorsitzender Lothar de Maizière, ausgesprochen. „Wir haben von Anfang an gesagt, daß wir angesichts der enormen Probleme, die unser Land hat, eine möglichst breite Verantwortung anstreben“, erklärte er. „Wir brauchen eine verfassungsändernde Mehrheit, also zwei Drittel.“ Eine solche Mehrheit sei mit der Einbeziehung der Liberalen allein nicht zu erreichen. DSU-Vorsitzender Hans-Wilhelm Ebeling sagte, er sei bereit, „mit jeder demokratischen Partei zusammenzugehen, um dieses Land aufzubauen.“

stand erst am Montag beraten. Allerdings sei seine Partei nicht bereit, opportunistisch von einer Programmatik zur anderen umzusteuern.

Die DDR-Liberalen sind offen für eine Koalition, erklärten die Vorsitzenden der drei im Bund freier Demokraten zusammengeschlossenen Parteien.

Alle großen Parteien hatten in ihren Koalitionsaussagen vor der Wahl ein Zusammengehen mit der PDS ausgeschlossen. Die PDS ihrerseits hatte erklärt, man werde „ohne ideologische Scheuklappen“ mit anderen Kräften in Sachfragen zusammenwirken. Spitzenkandidat Hans Modrow präzierte am Sonntagabend, er könne sich ein Zusammengehen der PDS mit der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und den Grünen in der Volkskammer vorstellen.

Am Sonntagabend: Fragen an Politiker aus Ost und West

Manfred Gerlach (LDP)

Sie sind noch amtierender Vorsitzender des Staatsrates. Aus dieser Sicht ein Kommentar zu dem doch für viele überraschenden Wahlergebnis?

In der Tat ist das Ergebnis überraschend. Es zeigt aber, daß eine Mehrheit für die Einheit ist, für die Einheit Deutschlands so schnell wie möglich. Da haben auch die Nachbarn ein Wort mitzureden.

Die Einigung soll ohne Angst der Nachbarn vonstatten gehen. Wie lange werden Sie noch Vorsitzender des Staatsrates sein?

Bis ein neuer gewählt ist. Ich werde mich mit den Fraktionen der künftigen Volkskammer verständigen. Gemeinsam werden wir dann die Volkskammer einberufen. Ich gehe in die letzten Tage meines Amtes.

Carsten Voigt (SPD-West)

Stabilität in Europa - wie sehen Sie dieses Problem nach der Wahl in der DDR?

Die deutsche Einheit kann

Günther Maleuda (DBD)

Herr Maleuda, Gewinner der Wahl sagen jetzt, es wäre das Ende des Kommunismus. Was sagen Sie dazu?

Wir haben bisher noch keinen Kommunismus gehabt. Nun geht es in Richtung freie Marktwirtschaft. Alle haben sich darauf eingestellt.

Wann haben wir die deutsche Einheit?

Ich glaube, das können weder Herr Kohl noch Herr Brandt noch Herr Maleuda sagen. Dieser Prozeß hat bei uns eine solche Dynamik, daß man mit Terminen nicht leichtfertig umgehen darf.

Können Sie etwas zu Hans Modrows Zukunft sagen?

Also wenn ich zu entscheiden hätte, wäre er morgen Ministerpräsident. Das wird er gewiß nicht werden, schade.

Können Sie sich vorstellen, daß die Bauern, die jetzt in wenigen Tagen sät, auch noch ihr Eigentum ernten werden?

Die werden nicht nur in diesem Jahr sät und ernten, die Bauern werden auch in den nächsten 10 und 20 Jahren für alle Par-

Volker Rühle (CDU-West)

Wie sehen Sie die Ergebnisse der Wahl?

Es ist jetzt 21.30 Uhr, und ich sehe das Ganze als einen Erfolg für die Demokratie. Und hier in der DDR - sicherlich ein Erfolg für die Allianzparteien. Wir sind persönlich sehr glücklich über die Zustimmung für Helmut Kohl.

Für Helmut Kohl, nicht für die CDU der DDR?

Für Helmut Kohl. Waren Sie mal dabei?

Ja. Sie setzen auf den Weg über Artikel 23?

Die Allianz für Deutschland hat sich dafür ausgesprochen, daß der Kern des Grundgesetzes der BRD zur Grundlage einer Verfassung für das ganze Deutschland gemacht wird. Eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung oder deren Ausarbeitung schließen Sie also aus?

Wir sind ohnehin gegen plebiszitäre Entscheidungen. Wir haben schlechte Erfahrungen damit gemacht. Für ND fragte RENE HEILIG

LESERTELEFON

5891686 - am Wahlsonntag eine heiße Nummer

Absage an Talk-Show war gute Entscheidung

Ich unterstütze voll und ganz die Entscheidung des Parteivorstandes der PDS und Gregor Gysis, nicht an der Talk-Show im Palast der Republik teilzunehmen. Darüber bin ich glücklich. Ich habe den Eindruck, der Deutsche Fernsehfunk paktiert mit ARD und ZDF. Aber noch ist die DDR unser Eigentum. Man gaukelt uns vor, die Einigung sei schon perfekt. Bei dem politischen Überfall von Kohl, Genscher, Brandt und wie sie alle heißen - da fragt man sich: Wer kandidiert eigentlich für die Volkskammer? Das Volk muß doch wissen, daß die DDR als Filiale der BRD angesehen wird. Die BRD-Konzerne wollen alles kassieren. So war es am 9. November nicht gemeint. Jetzt aber hat sich alles um 180 Grad gedreht.

Herr J., Berlin, (Name liegt der Redaktion vor)

In unsere Sache nicht unbedacht eingemischt

Der Wahlsonntag, obwohl vom Wetter her sonnig und schön, hatte für mich auch Schattenseiten. Nicht unbedacht haben sich schon lange vor dem 18. März Leute, die wir nicht zu unseren Freunden und Helfern zählen dürfen, in unsere Angelegenheiten eingemischt. Ich hoffe nur, daß auch künftig Besonnenheit,

Ruhe und ein ausgeprägter Sinn für Demokratie zu unserer Regierungspolitik gehören.

Paul Fischer, Berlin-Mitte

Propandaspruch vor dem Wahllokal geduldet

Als ich in meinem Wohnbezirk in Berlin-Johannisthal wählen ging, stand etwa drei Meter vom Wahllokal entfernt ein „Trabant“ mit dem Aufkleber „Wir sind das Volk“. Mit dem Dulden dieser Propaganda wurde eindeutig gegen das Wahlgesetz verstoßen. Der Wahlvorstand wollte zu nächst daran nichts ändern. Erst als ich eine schriftliche Beschwerde bei der Zentralen Wahlkommission anknüpfte, wurde der Propandaspruch vom Wahlvorstandsmittglied überklebt.

Dr. Schriewa, Berlin-Johannisthal

Früh vor Ort, abends an Ort und Stelle

Wenn es möglich ist, schreiben Sie in Ihrer Montag-Ausgabe auch etwas zu der wohligen Atmosphäre in den Wahllokalen. Das bestätigten auch meine Bergleute-Kollegen, die wie ich Sonntag früh vor der Schicht ihre Stimme abgaben. Trotz der Frühlingshitze werde ich abends bei der Auszählung der Stimmen im Wahllokal dabei sein. Also - morgens vor Ort, abends an Ort und Stelle, wenn es um unsere Zukunft geht. Bei wichtigen Fragen

des Lebens sollte man nie auf die Uhr schauen.

Gerhard Beyer, Gera-Lusan

Dank an Hans Modrow

Heute, am 18. März, möchte ich unserer Regierung noch einmal meinen herzlichen Dank sagen. Besonders viel hat Hans Modrow geleistet. Da kann man nur den Hut ziehen. Ich hoffe, daß er sich noch recht lang für das Wohl der DDR-Bürger einsetzen kann.

Herr Zimmermann, Leipzig

Mit Sportbegeisterung hat das nichts zu tun

Im Rundfunk hörte ich, daß es nach dem Wochenend-Fußballspiel in Berlin Ausschreitungen gab. Mehrere Randalierer wurden festgenommen. Meine Meinung dazu: Solcherart Auftreten hat mit Sportbegeisterung absolut nichts zu tun, und unsere Volkspolizei sollte da energischer durchgreifen. Warum nicht jene angeblichen Fußballanhänger, die aus der Rolle fallen, mit Namen und Anschrift nennen? Warum auch nicht die Schulen und Lehrbetriebe jener Randalierer - zu meist handelt es sich ja um Halbwüchsige - informieren? Die werden schon das richtige Rezept finden, um offensichtlich überschüssige Kräfte in andere Bahnen zu lenken. Sonst nimmt das ja Ausmaße an...

Ingeborg Schilling, Brandenburg

Warum fragt niemand uns Bundesbürger?

Jetzt soll die Einheit über uns kommen. Wir werden nicht gefragt. Haben wir nichts zu sagen? Sind wir nicht auch „das Volk“? Den BRD-Deutschen wird ein basisdemokratischer Volksentscheid vom Grundgesetz nicht zugestanden. Helmut Kohl geht es nicht um die Menschen in der DDR. Es ist ihm auch früher nicht um sie gegangen. Sein Kalkül ist, mit Hilfe der politischen Nalven unter den Fahnschwingern in der DDR eine nationale Stimmung anzuheizen in der Hoffnung, seine persönlichen Wahlchancen zu erhöhen. Er treibt ein schlimmes Spiel. In der DDR ist ein 57-jähriges Demokratiedefizit zu beklagen. Das ist bedauerlich, aber nicht unser Problem. Wir haben unsere eigenen Demokratieprobleme: Unser parlamentarisches System ist zu einem absolutistischen System verhärtet. Alle vier Jahre dürfen wir unsere Stimme abgeben. Inzwischen fällt die Regierung unter Umgehung des Volkes Entscheidungen für die Ewigkeit, die kaum von einer nachfolgenden Regierung rückgängig gemacht werden können: Atomstromnutzung, Rüstungsprojekte wie den Jäger 90 und als neuester Coup: den Anschluß der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes.

Gundel Hesse, 2000 Hamburg 55, BRD

Wahlbeobachter: Verlauf völlig unmanipuliert

Berlin (ADN/ND). „Wir haben nicht die geringsten Verstöße gegen die Wahlordnung feststellen können“, sagte Wolfgang Blenk, Wahlbeobachter vom Europarat, am Nachmittag gegenüber ADN. „Beim Besuch in zwölf Berliner Wahllokale haben wir bestätigt gefunden, was unsere Delegation in den vergangenen Tagen in Gesprächen mit allen an der Wahl beteiligten Parteien und Gruppierungen erfuhr: Das Ganze geht völlig unmanipuliert, fair und frei über die Bühne“, so der Parlamentarier von der Österreichischen Volkspartei.

Am Tag der ersten freien Volkskammerwahlen sind in der DDR Beobachterdelegationen vom Europarat und vom Europäischen Parlament unterwegs. Beide Gremien haben zu diesem Zweck ad-hoc-Kommissionen gebildet, die Berichte über die Wahl und den deutschen Einigungsprozeß liefern sollen. Auch Parlamentarier aus der UdSSR, aus Polen und aus den USA verfolgten das Wahlgeschehen vor Ort.

Wolfgang Blenk und Nic Tummers (Niederländische Partei der Arbeit) begannen ihre Kontrollen um 7.00 Uhr unmittelbar nach Öffnung der Wahllokale in Berlin. Vier weitere Gruppen mit je zwei Repräsentanten des Europarates traten um 8.30 Uhr die Fahrt in alle Teile des Landes an.

Nic Tummers zeigte sich in einem ersten Resümee am Nachmittag beeindruckt vom „enthusiastischen Engagement aller an der Wahl Beteiligten“.

Aufgefallen war beiden Beobachtern die große Zahl partelloser Bürger, die sich freiwillig für die Wahlvorstände gemeldet hatte, erstmals in einem solchen Gremium mitarbeitete und größten Wert auf einen fairen und korrekten Ablauf legte. In keinem der geprüften Wahlvorstände hatten sie Vertreter nur einer Partei angetroffen.

In Gesprächen mit Wählern, so Wolfgang Blenk, hätten sie das Vertrauen in die einzelnen Wahlvorstände und Zufriedenheit mit dem Ablauf der Wahlprozedur gespürt. Keiner sei behindert oder beeinflusst worden. Die einzige Kritik richtete sich - wie auch bei den Gesprächen mit den Parteien - gegen das übergroße Engagement der etablierten bürgerlichen BRD-Parteien.

Berlin (ADN/ND). Nach dem Eindruck der zehn Beobachter des Europarates seien die Wahlen ordnungsgemäß verlaufen. Das stellte einer der Abgesandten aus Strasbourg, Karl Ahrens, gegenüber SAT 1 fest. Der Europa-Politiker bestätigte die Klagen der kleineren Parteien, zu wenig Unterstützung aus dem Westen erhalten zu haben und deshalb beim Wahlkampf, etwas unter die Räder gekommen zu sein. Gleichmaßen sei ihm zu Ohren gekommen, daß die großen Parteien massive Hilfe aus dem Westen erfahren hätten.

Petra Bläss:

„... immer noch Nerven wie Drahtseile“

Nach Mitternacht verkündete sie vor den Kameras im Berliner Palast das Ergebnis der ersten demokratischen Wahl in der DDR - die 25jährige Petra Bläss. Vielleicht hilft ihr dieser Auftritt dann auch zu einem Job beim Fernsehen. Dort war die weiterhin arbeitende Nach-Germanistikstudentin vor ihrem kompetenften Aufstieg an die Spitze der Wahlkontrollinstanz recht brüsk abgelehnt worden.

Der Entschied der Wahlkommission, die in ihrer Zusammensetzung ein Rund-Tisch-Ableger ist, kam für die am liebsten in Leder und Sweatshirt gekleidete Berlinerin äußerst überraschend, hatte sie doch zuvor selbst in „ihrem“ Unabhängigen Frauenverband nicht gerade zu ersten Reihen gehört. Auch Tatjana Böhm, Ministerin im Kabinett Modrow, habe anfangs mit ihrer über Nacht prominenten Verbandsfrau nichts anzufangen gewußt.

Die Wahl zur Vorsitzenden habe ich angenommen, weil jeder Rückzieher auch das Aus für den Verband und die Frauen in diesem Land bedeutet hätte. Wie hätten manche aufgekreischert: Ihr Frauen habt die ganze Zeit rumgezickt und gesagt, ihr wollt an die Macht, ihr redet von Quotierung und allen solchen Scherzen, und wenn ihr mal die Chance habt, jemanden an die Spitze zu bringen, dann kneift ihr. Da steckte ich also das Persönliche weg und griff zu.“

Sie sei in das Haus der Ministerien (Sitz der Wahlkommission) hineingekommen, erinnert sich Petra Bläss, „wie Walfriede Müller aus Klein-Kleekersdorf“. Früher sei dieser architektonische Klotz aus grauer Vorzeit für sie eine Art Tabuzone gewesen. Inzwischen hat sich die zierliche Frau mit Ministerpräsident Modrow getroffen, vom Runden Tisch aus an die Bevölkerung appelliert, Pressekonferenzen gegeben und mit ihrer Mannschaft den korrekten Wahlablauf vorbereitet.

„Ich bin voll in der Politik aufgegangen“, meint Petra Bläss, die von sich selbst behauptet, „zwar keine Führungspersönlichkeit, aber unheimlich gut im Organisieren“ zu sein. Mitte der achtziger Jahre habe sie einmal die Vorbereitung einer nationalen Seghers-Konferenz bewilligt und schon bemerkt, „wenn einmal alles schliefte, habe ich immer noch Nerven wie Drahtseile“.

FRANK LOSENSKY, ADN